

**Prof. Dr. Dr. Werner Gaab**

Lampertheimer Str. 16a  
68623 Lampertheim- Hüttenfeld  
Tel. 06256/750  
Fax. 06256/752  
werner.gaab@uni-essen.de  
werner@gaab.de

Herrn  
Thomas Metz  
- Erster Kreisbeigeordneter-  
Kreis Bergstraße  
Graben 15  
64646 Heppenheim

18.05.2011

### **Planungen des ZAKB auf dem Gelände der Deponie in Hüttenfeld**

Sehr geehrter Herr Metz,

ich bin der Vorsitzende der Bürgerinitiative 'Pro Hüttenfeld e.V.' und möchte Ihnen einige Fragen zu den geplanten Entwicklungen des ZAKB auf der seit 2005 geschlossenen Hausmülldeponie in Hüttenfeld stellen. Ich gehe davon aus, dass Sie als Vorsitzender des ZAKB der richtige Ansprechpartner sind.

Die Mitteilungen des ZAKB auf der letzten Pressekonferenz über die geplanten Aktivitäten sowie ein Bericht in der Lampertheimer Zeitung bezüglich einer Mitteilung der Stadtverwaltung haben viele Hüttenfelder Bürger mit großem Unbehagen zur Kenntnis genommen, da die Ausführungen dazu sehr vage waren und sie nicht wissen, was da auf sie zukommt. Außer einer Photovoltaik-Anlage sollen auf dem Deponiegelände u.a. Holzhackschnitzel mit Hilfe der Deponieabgase getrocknet verarbeitet werden, es soll ein Fuhrpark eingerichtet werden, es soll Grünschnitt aufbereitet und z.T. verbrannt werden, es soll ein Schafstall und auch ein Energie-Park errichtet werden. Wenn diese Aktivitäten auf der Deponie realisiert werden, wird es ohne Zweifel zu einer stärkeren Umweltbelastung kommen - zumindest was den Verkehr in und im Umfeld von Hüttenfeld angeht. Welche weiteren Umweltbelastungen hinzukommen werden, können wir im Moment nicht abschätzen, da uns dazu die Informationen fehlen. Wir befürchten eine weitere Einschränkung der Lebensqualität in Hüttenfeld durch diese Aktivitäten. Diese Umweltbelastungen hängen natürlich nicht nur von der Art, sondern auch vom Umfang dieser Aktivitäten statt. Inhaltliche Ausführungen des ZAKB zur Information der Öffentlichkeit bezüglich dieser Aktivitäten gibt es leider nicht. Wir fühlen uns als Hüttenfelder Bürger in der gleichen Situation wie 2002/2003 als auf dem Deponiegelände ein Industriegebiet ausgewiesen werden sollte und den Bürgern diese Entwicklung ohne umfassende Information und mit der Mehrheit von einer Stimme, die unter dubiosen Umständen zustande kam, im Stadtparlament vom damaligen „Bündnis Zukunft“ einfach übergestülpt wurde. Wie Sie wissen, hat diese Situation, die man nicht unbedingt als eine „Sternstunde der Demokratie“ bezeichnen kann, damals zu einem Bürgerentscheid geführt und zwar nicht in erster Linie wegen der Deponie, sondern wegen der undemokratischen Vorgehensweise. Wir glauben, dass der ZAKB gut beraten wäre, mit offenen Karten gegenüber der Bevölkerung zu spielen und nicht auf Entscheidungen in den politischen Hinterzimmern setzen sollte, wie das in der Vergangenheit häufig der Fall war. Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit auch an ihre öffentlich gemachte Äußerung erinnern, die ich anlässlich des Besuchs der hessischen Umweltministerin beim ZAKB im TIP (30.10. 2010, S. 15) gelesen habe: „Auch Metz betonte, dass an

der Akzeptanz der Bürger gearbeitet werden müsse, auf ihre Sorgen und Nöte eingegangen werden sollte.“

Dass der ZAKB zur Erzielung von Gewinnen eine riesige Photovoltaik-Anlage auf der geschlossenen Hausmülldeponie (Abschnitte 1+2) in Hüttenfeld errichten möchte, haben wir bereits zur Kenntnis genommen, da dies auch Gegenstand einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) in Lampertheim war. Die StVV hat dieser bereits im Grundsatz auch zugestimmt. Völlig unklar ist jedoch, (i) auf welcher Fläche genau die Anlage errichtet werden soll, (ii) wie diese Anlage auf der Deponie befestigt wird, (iii) ob die Standfestigkeit z.B. bei Setzungen des Deponiekörpers gewährleistet ist und (iv) was bei einem Brand der PV-Anlage passiert.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass eine 60m aus der Ebene ragende Mülldeponie ein enormer Landschaftsschaden in einem Landschaftsschutzgebiet darstellt. Nachdem sich der ZAKB mit Hilfe des RP mit fadenscheinigen Argumenten um die kostenintensive Bewaldung drücken konnte, hat die Natur selbst diesen Landschaftsschaden in sehr ansehnlicher Weise repariert – allerdings stellt dies im Gegensatz zu Wald keine nachhaltige Lösung dar. Eine Errichtung der PV-Anlage bis in den aus der Ebene sichtbaren Gipfelbereich würde einen weiteren Landschaftsschaden hervorrufen, diesen sogar noch potenzieren. Ich möchte darauf hinweisen, dass Landschaft eines der geschützten Umweltgüter im Naturschutzgesetz ist. Da wir die PV-Anlage nicht verhindern können, möchten wir Sie bitten, dass bei der Planung der Anlage wenigstens auf diesen Gesichtspunkt Rücksicht genommen wird.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, dass die öffentliche Behauptung von Herrn Bocksnick, dass der ZAKB mit der Errichtung der PV-Anlage auch einen Beitrag zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes leistet, nicht korrekt ist und vom ZAKB zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung nicht weiter verwendet werden sollte. Aufgrund der Deckelung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf europäischer Ebene durch die Festlegung von handelbaren Verschmutzungsrechten und der Abnahmeverpflichtung für Solarstrom im Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) ergibt sich keine Reduktion, da die in Deutschland durch den geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht benötigten Verschmutzungszertifikate von anderen Unternehmen irgendwo in Europa gekauft wird, um entsprechend mehr CO<sub>2</sub> zu emittieren. Die Förderung der Photovoltaik, die jetzt endlich zurückgefahren wird, ist eine der vielen Fehlentscheidungen in der deutschen Umweltpolitik, da sie eine relativ ineffiziente Form der Energieerzeugung darstellt, die Erforschung effizienterer Verfahren verhindert und durch die hohen Einspeisevergütungen zu einer unsozialen Einkommensumverteilung führt, da diese über höhere Preise von den privaten Haushalten getragen werden. Daran sollten Sie denken, wenn der ZAKB diese PV-Anlage realisieren will. Das einzige Argument, das für die Photovoltaik spricht, ist, dass sie einen - wenn auch sehr geringen - Beitrag zu einem z.Z. politisch gewünschten schnelleren, aber sehr teuren Atomausstieg liefert.

Die Art der Befestigung und die Standfestigkeit bei Setzungen des Deponiekörpers, die ja immer noch stattfinden, sind technische Aspekte, die von Fachleuten unbedingt geprüft werden müssen – auch im Sinne der Nachhaltigkeit. Denken Sie daran, dass die Deponieabschnitte 1+2 keine Basisabdichtung haben und dass das Grundwasser immer noch verschmutzt wird, wie die Eigenkontrollberichte des ZAKB aufzeigen. Diese Verschmutzung wird wieder erheblich zunehmen, wenn Niederschlagswasser bei einer Beschädigung der mineralischen Dichtung, die als einzige Abdichtung nicht der Technischen Anweisung Siedlungsabfall (TASi) entspricht, in den Deponiekörper eindringen würde.

Die Trocknung von Holzhackschnitzeln aus Grünabfällen mit Hilfe von Deponiegas macht umweltpolitisch dagegen Sinn – zumindest solange Deponiegas anfällt und wirklich nur Grünabfall verwendet wird. Sie steht auch in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Deponiebetrieb in der Rekultivierungsphase, wenn das Substrat zur Rekultivierung verwendet wird. Ein unmittelbarer

Zusammenhang mit der Deponie in der Rekultivierungs- und auch in der Nachsorgephase besteht auch bezüglich der Errichtung eines Schafstalls, der zur Beweidung der Deponie durch Schafe notwendig ist, da ja auf der Deponie keine Bäume wachsen dürfen, nachdem sich der ZAKB vor der einzig nachhaltigen Lösung – nämlich der Bewaldung – erfolgreich mit Hilfe des RP drücken konnte. Diese Art der Nachsorge ist ewig notwendig. Insofern begrüßen wir diese.

Der ZAKB ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Auftrag, die Abfälle jeglicher Art im Kreis Bergstraße ohne die Motivation der Gewinnerzielung zu entsorgen. Dies ist eine sehr wichtige Aufgabe im Rahmen der Daseinsfürsorge. Es ist jedoch nicht seine Aufgabe in private Tätigkeitsfelder einzudringen und mit privaten Unternehmen in einen Wettbewerb einzutreten, was er mit seiner Tochter „ZAKB Service GmbH“ intendiert – natürlich mit der Absicht der Gewinnerzielung. Öffentliche Unternehmen können m.E. nur bei Vorliegen von Marktversagen bzw. Marktunvollkommenheiten legitimiert werden, wenn es keine bessere Alternative gibt und wenn öffentliche Aufgaben wahrgenommen werden. Diese Voraussetzungen sind bei den geplanten Aktivitäten des ZAKB z.T. nicht erfüllt, da dabei die Erzielung von Gewinnen im Vordergrund steht und damit die ökonomische Legitimation fehlt. Als Volkswirt lehne ich derartige Aktivitäten infolge der damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen strikt ab, weil öffentliche Unternehmen gegenüber privaten Unternehmen eine Reihe von Vorteilen z.B. bei der Finanzierung und damit auf der Kostenseite haben oder auch schon im Genehmigungsverfahren. Die Gründung einer privatrechtlichen Firma ändert nichts an den gesetzlich klar formulierten Aufgaben des ZAKB.

Außerdem soll auf dem Gelände ein Fuhrpark für Müllfahrzeuge und Personal errichtet werden. Auch diese Maßnahme hat keinerlei Bezug zur geschlossenen Mülldeponie und wird zu einer Verkehrsbelastung in und um Hüttenfeld führen. Dieser Fuhrpark kann überall in jedem Gewerbegebiet errichtet werden.

Schließlich steht noch der Wunsch der Errichtung eines Energieparks auf der Agenda des ZAKB. Offensichtlich steht hier die Deponie in Flörsheim-Wicker als Vorbild. Dazu möchte ich jedoch anmerken, dass die Verhältnisse dort nicht vergleichbar mit denen in Hüttenfeld sind. Dies fängt schon mit dem Deponiekörper an, der viel besser in die Landschaft integriert ist und zur Reduzierung der Verkehrsbelastung neue Straßen und ein Autobahnanschluss und Ortsumgehungen gebaut wurden – wie mir ein Bewohner von Flörsheim gesagt hat. Übrigens klagen Bürger dort auch über Geruchsbelästigungen. Darüber, welche Aktivitäten in dem Energiepark entfaltet werden sollen, liegen uns bisher keine Informationen vor. Die Stadtverwaltung verklausuliert die Errichtung eines Energieparks mit der Formulierung „energetische Maßnahmen“. Ich möchte Sie deshalb bitten, uns über diese Planungen zu informieren – auch hinsichtlich der Größenordnung. Soll die Biogasanlage zur energetischen Verwertung von Abfällen, die auf dem ZAKB-Gelände in Heppenheim geplant war, jetzt in Hüttenfeld realisiert werden, nachdem die Stadt Heppenheim diese mit dem angeblichen Verlauf der ICE-Trasse abgelehnt hat? Dabei wäre Heppenheim eindeutig der bessere Standort wegen der unmittelbaren Nähe von Abnehmern der Prozesswärme. Soll in dem Energiepark auch umweltschädliche Biomasse verarbeitet werden? Mit welcher Zunahme des Verkehrs rechnet der ZAKB infolge seiner geplanten Aktivitäten?

Bitte haben Sie Verständnis für unsere Fragen, da die Aktivitäten der Tierverwertungsanstalt, die zeitweise auch mit erheblichen Geruchsbelästigungen verbunden war und nach unserer Intervention auf deutlich geringerem Niveau immer noch ist, der ReFood GmbH und des ZAKB die Lebensqualität der Hüttenfelder Bürger beeinflussen. Insbesondere befürchten wir durch die geplanten ZAKB-Aktivitäten eine weitere Zunahme der Verkehrsbelastungen in und um Hüttenfeld, die bereits durch die starke Ausweitung des Entsorgungsgebiets der TVA und durch die ReFood nicht unerheblich angestiegen sind. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unsere Bedenken zerstreuen könnten. Auf

jeden Fall wünschen wir uns mehr Offenheit, Transparenz und Öffentlichkeit bei der Planung neuer Aktivitäten auf der Deponie.

Abschließend möchte ich an Sie noch die Bitte richten, dass Sie uns Einblick in das Gutachten gewähren, das der ZAKB bezüglich seiner künftigen Aktivitäten hat erstellen lassen und das vermutlich auch Grundlage für die Planungen des ZAKB ist. Ich gehe davon aus, dass dieses in elektronischer Form vorliegt und möchte Sie deshalb sehr höflich bitten zu veranlassen, dass das Gutachten an meine e-mail-Adresse ([werner@gaab.de](mailto:werner@gaab.de)) gesandt wird. Falls Sie uns nur eine Papier-Kopie geben können, tragen wir selbstverständlich die Kosten dafür. Ich gehe davon aus, dass der ZAKB nichts zu verbergen hat und möchte deshalb von einem förmlichen Antrag gemäß dem Hessischen Umweltinformationssgesetz (HUIG) im Moment absehen. Ich hoffe, dass Sie auch ohne diesen unser berechtigtes Interesse anerkennen.

Bitte entschuldigen Sie, dass ich mit meinen Fragen und kritischen Anmerkungen ihre Zeit in Anspruch genommen habe. Nehmen Sie die Bürger mit ins Boot – wie dies heute manche Politiker so gerne öffentlich sagen, um ihre Bürgerfreundlichkeit zu demonstrieren und schaffen Sie mehr Transparenz. Vielleicht gelingt es auch, strittige Fragen im Dialog oder besser noch in einer öffentlichen Veranstaltung im Hüttenfelder Bürgerhaus zu erörtern, um diese Transparenz hinsichtlich der geplanten Aktivitäten herzustellen und um vielleicht diffuse Bedenken vieler Bürger zu zerstreuen. Wie auf der Sitzung des Ortsbeirats bekanntgegeben wurde, will Herr Bocksnick in der nächsten Ortsbeiratssitzung die Planungen des ZAKB vorstellen. Wir halten dies für den falschen Ort, da die Bürger in der Sitzung keine Fragen stellen dürfen und der Raum auch viel zu klein sein wird, da wir die Hüttenfelder Bürger explizit über diese Sitzung angemessen informieren werden.

Mit freundlichen Grüßen